

Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg

Er erscheint wöchentlich 3 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend Nachmittags für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Monat 1.- RM. frei ins Haus, einschließlich der Postgebühren, pro Quartalsbeitrag 3.-, Frauenwelt, Fröhliche Welt, und Unterhaltungsbeilage. Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1.20 RM. Im Falle höherer Gewalt wird kein Schadenersatz geleistet.



Telegr.-Adr.: Zeitung
Anzeigen werden die schlagspende 3 mm hohe (Netto) Zeile oder deren Raum mit 15 Pf. berechnet; answärts 20 Pf. Bei Wiederholung entsprechender Abat. Restanten kosten pro Zeile 10 Pf. Verbindlichkeit für Platz, Belegvorrichtung und Beleglieferung ausgeschlossen. Annahmehöhe für Pfosten und Ausfuhr beträgt 15 Pf. Zeitungsablagen werden billigt berechnet. Zahlungen an Postkontonummer Frankfurt am Main Nr. 2771.

Verlag und Verleger: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer, Spangenberg
Nr. 129 Dienstag, den 29. Oktober 1929. 22. Jahrgang.

Landtagswahl in Baden.

Das amtliche Ergebnis.

Am Sonntag fanden im Großstaat Baden die Wahlen zum Landtag statt. Die Wahlberechtigung betrug durchschnittlich nur 65 Prozent. Nach dem endgültigen amtlichen Gesamtergebnis erhielten Zentrum 341.850 Stimmen (34 Sitze), Sozialdemokraten 187.290 (19), Nationaldemokraten 141.081 (3), Wirtschaftspartei 103.750, Kommunisten 55.169 (6), Deutsche Volkspartei 45.100 (7), Demokraten 62.335 (6), Linke Kommunisten 30.000 (0), Radikale Bauernpartei 28.141 (3), Nationalsozialisten 35.106 (6), Evangelischer Volksdienst 35.028, Christlich-sozialer Reichspartei 5105 (0), Volkspartei 6803 (0).

Gewinn und Verlust der Parteien stellen sich wie folgt: Zentrum plus 6 Sitze, Sozialdemokraten plus 2, Nationaldemokraten minus 5, Deutsche Volkspartei minus 1, Demokraten unverändert, Wirtschaftspartei plus 1, Kommunisten plus 2, Linke Kommunisten minus 1, Radikale Bauernpartei plus 3, Nationalsozialisten plus 6, Evangelischer Volksdienst plus 3. Der bisherige Landtag wird 88 Abgeordnete gegenüber bisher 80 haben.

Nach Paragraph 99 der Verfassung muß der neugewählte Landtag am sechsten Tage nach der Wahl zusammenzutreten. Wie wir hören, findet die erste Sitzung voraussichtlich am Mittwoch, den 6. November, statt. Erster Punkt der Tagesordnung ist die Wahl des Landtagspräsidenten. Unter den wiedergewählten Abgeordneten befinden sich auch die Minister Dr. Ernt, Dr. Ernt (Kultur und Unterricht) und Dr. Schmitt (Präsidium und Finanzen).

Kommunistenaufmarsch in Leipzig.

Einseitigen der Polizei.

Die kommunistische Partei hatte für Sonntag nachmittags nach dem Marktplatz des Leipziger Vorortes einen Aufmarsch zu einer Demonstration eingeladen, in der gegen das Verbot des Volkstrunkenverbotens protestiert werden sollte. Da die Teilnehmer in den Umfassen dieses verbotenen Bundes anmarschieren, wurde die Demonstration aufgelöst und der Marktplatz von der Polizei besetzt. Hierbei kam es zu Zusammenstößen; eine Anzahl Personen wurde verletzt. 10 Personen wurden vorläufig festgenommen. Zu der Demonstration hatten sich, wie das Polizeipräsidium mitteilt, etwa 12.000 Personen eingestellt. Beim Aufbruch der Demonstration stießen auch aus dem Kreise der Demonstranten zwei Schüsse. Verletzt wurde jedoch niemand.

Parlamentswahlen in der Tschechoslowakei.

Erfolge der deutschen Parteien.

Am Sonntag fanden in der Tschechoslowakei die Wahlen für das Abgeordnetenhaus und den Senat statt. Es scheint sicher, daß die Sozialistische Partei an der Spitze marschieren wird. Die Nationaldemokraten scheinen an ihrer bisherigen Stärke als Partei der tschechischen Jugend behauptet zu haben. Einen Erfolg hat bisher noch die deutsche Wahlvereinspartei des Bundes der Arbeiter und Wirtschaftsgemeinschaft erzielt. Letztere ist die Vereinigung der deutsch-tschechischen Freiheitspartei und der Gruppe des ehemaligen tschechischen Abgeordneten Hofst. Von den bürgerlichen Parteien behaupten die deutsch-österreichischen Sozialisten und die Deutschnationalen Mandate ein.

Fürst Billa 1.

Montag früh gestorben.

Der ehemalige deutsche Botschafter und Hofkammer in Rom Fürst Billa ist am Montag früh nach 7 Uhr gestorben. Seit Sonntag mittag lag Billa in Agonie. Der Billa-Wille wurde eine Liste für die Bundesversammlung angesetzt.

Für bedingungslose Saarrückgabe.

Erklärung des Allg. deutschen Gewerkschaftsbundes. In Saarbrücken fand eine von den Vorsitzenden des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes im Saargebiet statt. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der es u. a. heißt: Die Konferenz bringt zum Ausdruck, daß die Saarverhandlungen nur zu Befriedigung beider Völker beitragen können, wenn das Saargebiet restlos unter Reichs- und französischer Verwaltung steht. Die wirtschaftlichen Interessen beider Völker durch Handelsverträge berücksichtigt werden. Die Internationalisierung und Privatisierung der Saarregionen ab. Die frei organisierte Saarbevölkerung wiederholt ihren des öfteren geäußerten Wunsch, möglichst bald im deutschen Staat und Wirtschaftsverband aufzugehen.

Die Räumung der Stadt Düren.

Die Dürener Besatzung ist in vollem Aufbruch. Die Besatzungsmacht hat die Kommandeure, die Kommandanten, den Oberbürgermeister seinen Abschied nehmen lassen. Der größte Teil der französischen Besatzung wurde am Sonntag abtransportiert. Es bleibt noch ein Kommando von 150 Mann in der Stadt. Die Freigabe der besetzten Gebäude ist im Gange. Die vollständige Räumung wird am 30. November durchgeföhrt sein.

Ein Erfolg Daladiers.

Die sozialistische Kammerfraktion nimmt die Vorschläge zur Regierungsbildung an.

Aus Paris wird uns gemeldet: Der Führer der Radikalen Partei, Daladier, der den Auftrag zur Bildung eines neuen Kabinetts aus den Händen des Präsidenten der Republik entgegengenommen hat, kann einen ersten Erfolg seiner Bemühungen verbuchen. Der Beschluß der sozialistischen Kammerfraktion, durch den die letztere mit einer Mehrheit von 36 gegen 12 Stimmen am Sonntag beschloß, die Vorschläge Daladiers anzunehmen, ist insofern ein Novum in der parlamentarischen Geschichte Frankreichs, als sich zum ersten Mal die sozialistische Kammerfraktion geschlossen an einem von einem bürgerlichen geleiteten Kabinett bereit erklärt haben. Das ist, wie gesagt, ein recht achtbarer Erfolg Daladiers, der nicht zuletzt darauf zurückzuführen ist, daß er den Sozialdemokraten in seiner Partei eine Mitarbeit angeboten hat, die deren Einfluß im neuen Kabinett mit demjenigen der Radikalsocialisten auf eine Stufe stellen würde. Ferner hat es Daladier auch verstanden, in seinem Schreiben an die sozialistische Kammerfraktion, in der er ihr die Beteiligung an der Regierung anbietet, sehr geschickt alle diejenigen Punkte herauszuarbeiten, in denen ein Zusammenwirken der beiden größten Linksparteien der Kammer möglich und notwendig ist.

Der Beschluß der sozialistischen Kammerfraktion bedeutet allerdings an und für sich noch nicht das Ende der Krise, denn die letzte Entscheidung über Teilnahme der Sozialistischen Partei an der Regierung bzw. über ihre Nichtbeteiligung liegt nicht bei der Kammerfraktion, sondern bei dem Nationalrat der Partei, der am Montag zusammentritt, um zu den Beschlüssen der Kammerfraktion Stellung zu nehmen. Hierbei darf nicht übersehen werden, daß der oppositionelle Linke Flügel der Partei im Nationalrat stärker zur Geltung kommen dürfte als in der Kammergruppe. Trotzdem sind aber einflußreiche Kräfte an Werke, um auch den Nationalrat zu einer Entscheidung zu bestimmen, die die Bildung einer linksradikalen Regierung ermöglicht. Diese Kräfte wirken besonders mit dem Argument, daß nämlich die Gelegenheit gekommen sei, in den drei größten europäischen Staaten, England, Frankreich und Frankreich, linksgerichtete und ganz oder fast linksgerichtete Regierungen zu bilden, daß auf Grund dieser Tatsache die Möglichkeit gegeben sei, eine wahrhafte europäische Friedens- und Abrüstungsallianz zu erreichen, daß die französischen Sozialisten es

nur mitreuen veranworteten können, eine solche Gelegenheit unbenutzt vorbeizulassen. Diese Argumentation ist, vom sozialistischen Standpunkt aus gesehen, zweifellos richtig. Durch sie werden aber auch die Gefahren angedeutet, die einem Kabinett Daladier-Baulou-Voncour drohen würden. Ein solches Kabinett ist ohne die Unterstützung zum mindesten der Mitte der Kammer nicht lebensfähig. Gerade der stark sozialistische Einfluß dieser Regierung kann unter Umständen die bürgerliche Mitte kopflos machen und sie veranlassen, Daladier die Gelegenheit aufzulassen, nach welcher Richtung sich in diesem Falle die Entwicklung der Krise bewegen würde, läßt sich im Augenblick nicht übersehen.

Briand bleibt Außenminister.

Briand hat eingewilligt, in das Ministerium Daladiers als Außenminister einzutreten.

Abschluß vom Seereschat.

Daladier benah sich Sonntag abend zu Briand, der ihm bestätigte, daß er einer Regierung der vereinigten Linksparteien seine Zustimmung mit umso größerem Vergnügen geben würde, als er selbst eine solche zu bilden versucht habe. Hinsichtlich der Beteiligung der Sozialisten berichtet Havas, daß dieser Beschluß auf die außerordentlich entgegenkommende Haltung Daladiers zurückzuführen sei, der sich bereit erklärt habe, den sozialistischen Forderungen bezüglich einer Kürzung der Seereschiffe um 600 Millionen Franken, großer finanzieller Erleichterungen und einer allgemeinen Amnestie für politische Vergehen nachzukommen.

Nach der Agentur Havas soll Daladier beabsichtigen, außer der Präsidentschaft noch das Finanzministerium zu übernehmen und vier Ministerien der Sozialisten anzubieten, und zwar das Kriegsministerium Paul Boncour, das Finanzministerium Vincent Auriol und zwei ein Ministerium dem Abgeordneten Salengro und dem Generalsekretär des allgemeinen Arbeiterverbandes (C. G. T.), Fournier. Am nächsten würde Daladier zum Eintritt in die Regierung auffordern Herriot, Chaumetans und Montagny. Zweck Verwirklichung seines Kabinetts würde Daladier die anderen linksstehenden Fraktionen, vielleicht sogar bis zu den Linkspublikanern, zum Eintritt auffordern.

Daladier nimmt den Auftrag an.

Verhandlungen mit den Sozialisten.

Der radikalsozialistische Parteiführer Daladier hat, wie aus Paris gemeldet wird, Sonnabend nachmittag dem Präsidenten der Republik seine Zustimmung zur Bildung einer neuen Regierung angedeutet. Bei der Unterredung mit dem Präsidenten erklärte Daladier, er werde die Sozialistische Partei beistehen und ganz oder fast ganz der Regierung zu bereiten. Nach Schluß der Unterredung benah sich Daladier zu den Präsidenten des Senats und der Kammer und begann dann sofort Besprechungen mit den für seine Regierung in Frage kommenden Persönlichkeiten. Um 10 Uhr erhielt der sozialistische Parteivorstand das offizielle Angebot Daladiers zur Mitarbeit in der Regierung. Daladier bietet in seinem Schreiben den Sozialisten eine gleichmäßige Verteilung der Portefeuilles an, d. h. eine gleich große Anzahl von Ministerstellen, die er selbst für die Radikalen beansprucht. In dem Schreiben gibt er ferner die vier Hauptpunkte seines zukünftigen Regierungsprogramms bekannt: Steuerreform, Behebung der landwirtschaftlichen Krise, soziale Reformen und eine Politik des Friedens.

Die Genfer Zollkonferenz.

Zur Teilnahme an den Verhandlungen über einen europäischen Zollvertragsvertrag hat sich als erste die englische Regierung durch ein Schreiben an den Generalsekretär des Zollverbundes bereit erklärt. Zu den Verhandlungen, die Anfangs 1930 stattfinden sollen, werde die englische Regierung, wie sie betont, angesichts der großen Bedeutung der Frage den Handelsminister Graham entsenden.

Baueramarsch auf Kopenhagen.

Wie aus Kopenhagen gemeldet wird, trifft die Regierungen Dänemarks gegen die angekündigte Baueramarsch nach Kopenhagen, die für die Aufhebung der Zollunion von Dänemark und Norwegen sollen. Die Kundfahrten werden von Dänemarkswachen gesichert. In Kopenhagen herrscht große Aufregung.

Ungarisch-schweizerischer Grenzstreifen, all.

Fünf Wachtposten erschaffen.

Bei Preßburg kam es zu einem schweren Grenzstreifenfall zwischen ungarischen und schweizerischen Grenzposten. Es wurde auf beiden Seiten Schuß geschossen. Von den Tschechen wurden zwei, von den Ungarn drei Wundmanschaften erschossen.

Zündholzmonopol für Litauen.

Wie gemeldet wird, hat die Litauer- u. Voll-Gesellschaft das Zündholzmonopol für Litauen erhalten gegen Gewährung einer Anzahl von 1520.000 Pfund Sterling.

Die zweite Haager Konferenz Mitte Dezember?

Der Stand der Arbeiten der Young-Ausschüsse.

Der Außenpolitiker des „Matin“ will in der Lage sein, über den Stand der Arbeiten der Ausschüsse berichten zu können, die damit beschäftigt sind, für die Instruktion des Youngplans die Vorarbeiten zu leisten, die in diesem selbst und von der Haager Konferenz bestimmt wurden. Es arbeiten, so berichtet er, sechs Ausschüsse; die drei in Berlin tagenden (Reichsbahn, Reichsbahn und Monopolverträge) dürften in der ersten Woche des Monats November ihre Arbeiten zum Abschluß gebracht haben, sodas der Youngplan dem Damesplan auf allen Gebieten der deutschen Verwaltung abzuweisen könne. Von den in Paris tagenden zwei Ausschüssen werde derjenige, der sich mit der Liquidierung der Vergangenen, also in der Hauptsache mit der Frage des deutschen Besitzes im Ausland beschäftigt, trotz verschiedener noch hängender Fragen gegen Ende der ersten Woche des kommenden Monats seinen Bericht fertiggestellt haben; der zweite Ausschuss dagegen, der sich mit den Reparationen befaßt, sei wegen der Forderungen Ungarns in eine Sackgasse geraten. Der Ausschuss für die Zahlungsbank, der in Baden-Baden tagt, werde voraussichtlich etwa am 10. November seine Aufgaben erfüllt haben. Die zweite Haager Konferenz könnte also etwa für den 10. Dezember einberufen werden.

Der Widerstand Ungarns.

Berlin meldet am Montag im „Echo de Paris“ eine Empörung gegen Ungarn an. Das Reparationskomitee werde in seiner Sitzung am Montag feststellen, daß es ihm unmöglich sei, seine ihm durch die Konferenz übertragenen Aufgaben zu lösen. Berlin ist dem bösen Willen Ungarns zu, das sich mit den anderen Staaten über die Reparationen und die sogenannte Liquidierung der Haager Reparationen nicht einigen wollte. Ungarn sollte bekanntlich über 10 Millionen Kronen Reparationen zahlen. Darin sind alle Reparationskommissionen hat Ungarn in diesem Punkt recht gegeben. Graf Tisza ist für sich auf dieses Urteilst. Die Ungarn sind daher mit gutem Recht unzufrieden. Die Klüßler-Zaaten berichtet, bleibt für das Komitee kein anderer Weg mehr übrig, als seine Diktatur einzusetzen und sich zu verriegeln.

Zur Beteiligung am Volksabgeordneten.

In verschiedenen Ländern und Provinzen sind Verzeichnisse aufgestellt worden, in denen die bürgerlichen Eintragsberechtigten eingetragen haben. In dem bürgerlichen Eintragsverzeichnis sind es sechs Dörfer, deren Eintragsberechtigten geschlossen werden konnten, da sämtliche wahlberechtigten Einwohner sich eingetragen hatten.

